

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1933

5 (12.1.1933)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-890179](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-890179)

Wachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontroversverfahren usw. wird etwa demüthigter Rabatt hinfallig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Vertrauf Nr. 390

Schließjahr 17

Nr. 5

Elsfleth, Donnerstag, den 12. Januar

1933

Notwerk der deutschen Jugend

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup hat sich am Montag in Bielefeld im Westfälisch-Bippischen Wirtschaftsband eingehender über das Jugendnotwerk und den Freiwilligen Arbeitsdienst geäußert. Bekanntlich hat zu diesem Notwerk der deutschen Jugend der Reichspräsident am 24. Dezember aufgerufen und mit dessen Förderung den Reichsarbeitsminister beauftragt. Das Notwerk soll Gelegenheit zu einer ernsthaften beruflichen Bildungsarbeit bieten, gleichzeitig aber eine sinnvolle geistige und körperliche Betätigung umfassen. In Verbindung hiermit soll täglich eine warme Mahlzeit sichergestellt werden. Für Maßnahmen, die im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt und gefördert werden, dürfen aus den für das Notwerk vom Reich zur Verfügung gestellten Mitteln, zunächst 9 Millionen, keine Beihilfen bewilligt werden.

Das Notwerk soll folgende Aufgaben umfassen:

1. Arbeitslose Jugendliche bis zu 25 Jahren während der Zeit der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit beruflich zu ertüchtigen, sie durch ernste, praktische, berufliche Bildungsarbeit gegen die Folgen der erzwungenen Untätigkeit zu schützen;
2. sie gemeinschaftlich zu verpflegen und ihnen zu helfen, ihre Arbeitsleistung zu erhalten und zu ergänzen;
3. ihnen Gelegenheit zu sportlicher Betätigung zu geben und sie dadurch körperlich zu stärken;
4. ihnen geistige Anregung und Fortbildung zu bieten.

Zur Förderung des Notwerks sollen unerschützt in den Bezirken sämtlicher Arbeitsämter Arbeitsgemeinschaften gebildet werden. Unter Vermeidung jeglicher überflüssiger Organisationsarbeiten sind hierzu alle Stellen, ausgenommen die, die nach ihrem Aufgabenkreis bereits Hilfe an die arbeitslose Jugend leisten. Dies sind neben den Arbeitsämtern vorzugsweise die Gemeinden mit ihren Wohlfahrts- und Jugendämtern sowie Berufsschulen, die freie Wohlfahrts- und Jugendpflege (insbesondere die Winterhilfe), Gewerkschaften und Berufsverbände der Arbeitervereinigungen.

Der Vorsitzende des zuständigen Arbeitsamtes soll nach Fühlungnahme mit den maßgebenden Stellen dafür Sorge tragen, daß die Arbeitsgemeinschaften in welcher Weise, in welchem Umfang und mit welchen Mitteln die verschiedenen Aufgaben des Notwerks durchzuführen sind. Zur Vermeidung unnötiger Doppelarbeit ist ein klarer, umfassender Arbeitsplan aufzustellen, bei welchem zu berücksichtigen ist, daß sich die Leistungen gegenseitig ergänzen und zweckmäßig nach Dauer und Zeit ausgleichen.

Die Arbeitsgemeinschaft hat zunächst die Aufgabe, den Gesamtplan für die Erfüllung der arbeitslosen Jugendlichen aufzustellen. Sie muß die bereits vorhandenen Einrichtungen kennen und überlegen können, in welcher Weise, in welchem Umfang und mit welchen Mitteln die verschiedenen Aufgaben des Notwerks durchzuführen sind. Zur Vermeidung unnötiger Doppelarbeit ist ein klarer, umfassender Arbeitsplan aufzustellen, bei welchem zu berücksichtigen ist, daß sich die Leistungen gegenseitig ergänzen und zweckmäßig nach Dauer und Zeit ausgleichen.

Das Notwerk soll den jugendlichen Arbeitslosen täglich mindestens vier Stunden der Beschäftigung bieten, die Dauer der gemeinsamen Mahlzeit ist hierbei nicht mit einzurechnen. Grundsätzlich sollen hiervon zwei Stunden der beruflichen Bildungsarbeit betreffen, mindestens zwei Stunden täglich sind auf Lebensübungen oder auf gemeinsame geistige Beschäftigung, die der geistig-jugendlichen Erziehung dienen soll, zu verwenden. Darüber hinaus sollen sich die Jugendlichen in erforderlicher Maße bei Hilfsdiensten zur Beschaffung und Zubereitung der gemeinsamen Verpflegung und bei der Instandhaltung des Heims und ihrer Arbeitsleistung betätigen. Es ist auch zu prüfen, ob Gruppen von Jugendlichen zu Helferdiensten bei Einrichtungen der öffentlichen oder freien Fürsorge, die sich nicht zur Anknüpfung zum Freiwilligen Arbeitsdienst eignen, verwendet werden können. Soweit junge Arbeitslose vorhanden sind, die keinen Rückhalt in der Familie haben, ist die Einrichtung von Tageshäusern durch geeignete Träger zu fördern.

Zur Durchführung des Notwerks in dem geplanten Umfang sind die Kräfte und Mittel aller vorhandenen Stellen planmäßig einzusetzen. Die Veranlassung beruflicher Bildungsmaßnahmen liegt nach wie vor in erster Linie den Arbeitsämtern ob. Die sonstige geistige und sportliche Beschäftigung wird vornehmlich den Einrichtungen der Jugendpflege, der Volkshilfe, den Turn- und Sportvereinen und anderen entsprechenden Verbänden und Vereinigungen obliegen, welche auch für geeignete Zeiträume und sachgemäße Durchführung zu sorgen haben. Für die Verpflegung der arbeitslosen Jugend kommen besonders die Einrichtungen der Winterhilfe, der öffentlichen und freien Wohlfahrt, die Volkshilfe, die Gemeinschaftsstätten für Arbeitslose in Betracht.

Es soll aber auch der Jugend möglich gemacht werden, sich durch eigene Mitarbeit in das Notwerk einzuschließen, daher fordert der Aufruf zur Bildung freiwilliger Kameradschaften auf. Zur Bildung einer Kameradschaft sind alle Jugendverbände und -bünde aller Art, Berufsverbände usw., berechtigt, die keine staatsfeindlichen

Ziele verfolgen. Das Notwerk soll und darf keinesfalls parteipolitischen Bestrebungen dienbar gemacht werden. Die Kameradschaft soll in der Regel 25 Mitglieder umfassen.

Die Kameradschaften haben die gemeinsame Verpflegung zu regeln, die hierzu notwendigen Hilfskosten zweckmäßig zu verteilen. Neue Einrichtungen sind möglichst nicht zu schaffen, sondern bereits bestehende Einrichtungen und Anlagen auszunutzen. Die Kameradschaften übernehmen ferner die Verantwortung für die Aufstellung und Abwicklung des Arbeitsplans im einzelnen. Für die berufliche Bildungsarbeit stehen ihnen die Veranstaltungen der Arbeitsämter zur Verfügung. Für die geistige Anregung und Fortbildung sowie für die sportliche Betätigung der Mitglieder kann die Kameradschaft selbst sorgen. Darüber hinaus können die Kameradschaften die Freizeit durch Aussprache und Lesende, Vorträge, Spiele und Wettkämpfe, Turnen und Gymnastik, Wanderungen und Geländespiele sinnvoll ausfüllen, um hierdurch den Kameradschaftsgeist zu pflegen und zu vertiefen. Sie können ferner Hilfsdienste für arbeitsunfähige Hilfsbedürftige für die öffentliche oder private Fürsorge übernehmen und ihre Mitglieder hierzu heranziehen.

Die Führer der Kameradschaften müssen moralische und fachliche Eignung bieten und sich bereits im Freiwilligen Arbeitsdienst, in beruflichen Bildungsmaßnahmen oder in der Jugendfürsorge bewährt haben.

Aus den bereitgestellten Mitteln können an Einrichtungen aller Art, insbesondere auch an freiwillige Kameradschaften Beihilfen, vor allem zu den Kosten der Verpflegung, gewährt werden. Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe ist, daß die Jugendlichen nach den festgelegten Grundregeln in das Notwerk eingegliedert werden und daß ihnen im Bedarfsfalle mindestens eine warme Mahlzeit täglich verabfolgt wird.

Als Beihilfe kann höchstens je nach den örtlichen Verhältnissen ein Betrag von täglich je 15 bis 25 Pfg. gewährt werden. Der Höchstbetrag darf nur bewilligt werden, wenn der Gesamtplan des Notwerks einschließend der warmen Mahlzeit durchgeführt wird. Die Beihilfen haben regelmäßig zur Voraussetzung, daß sich auch andere — private oder öffentliche — Stellen mit eigenen Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Aufgaben des Notwerks beteiligen. Ist die Gewährung einer warmen Mahlzeit nicht erforderlich, so darf höchstens ein Drittel des Durchschnitts betragen gewährt werden.

Anträge auf Gewährung der Beihilfen aus diesen Mitteln sind an den Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsamtes zu richten, der für die vorchriftsmäßige Verwendung der Mittel verantwortlich ist. Die Bewilligung kann von dem Vorsitzenden widerrufen werden.

Die Arbeitsämter sind angewiesen, alle Anregungen und Anträge mit großem Entgegenkommen aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß die geeigneten Maßnahmen so schnell und so zweckmäßig wie möglich verwirklicht werden.

Otto M a u., Berlin.

Bilanz der Krise

Etwa zwei Milliarden Defizit

Berlin, 11. Januar.

Im Haushaltsausgleich des Reichstags begann die finanzpolitische Aussprache. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krotzsch gab einen ausführlichen Überblick.

Das Rechnungsjahr 1930 hat, so jagt der Minister u. a., mit einem Fehlbetrag von 1190 Millionen RM abgeschlossen. In den Haushaltsjahr 1931 waren 420 Millionen zur teilweisen Abdeckung dieses Fehlbetrages eingestellt worden. Das Rechnungsjahr 1931 hat mit einem Gesamtfehlbetrag von 1690 Millionen RM abgeschlossen. Diese letzten sich zusammen aus dem Fehlbetrag aus dem Jahre 1930 in Höhe von 770 Millionen RM, der sich dadurch erklärt, daß von dem eigentlichen Fehlbetrag von 1190 Millionen RM im Jahre 1931 420 Millionen RM getilgt worden waren, dem Defizit des Extraordinariums in Höhe von 470 Millionen RM und dem eigentlichen Defizit des Ordinariums des Jahres 1930 in Höhe von 450 Millionen RM.

In der Annahme, daß in absehbarer Zeit eine Behebung von Anleihen nicht möglich erscheint, ist der verbleibende Rest in Höhe von 470 Millionen RM nunmehr als effektiver Fehlbetrag eingestellt worden, da es eine Verschleierung des tatsächlichen Sachverhalts sein würde, diesen Betrag, dessen Deckung tatsächlich in der Luft hängt, immer wieder vorzuführen.

Das eigentliche Defizit des Jahres 1931 in Höhe von 450 Millionen RM legt sich aus einem Zurückbleiben der Einnahmen in Höhe von 116 Mill. und aus Mehrausgaben in Höhe von 334 Millionen zusammen.

Geringere Einnahmen — größere Ausgaben

Nach diesem Überblick über das Ergebnis des Jahres 1931 geht der Minister auf das Etatsjahr 1932 ein: Für 1932 war ein Steuerreformplan von 7,464 Milliarden veranschlagt. Nach einem Überblick vom letzten Oktober auf Grund des Ergebnisses des ersten Halbjahres wird das tatsächliche Ergebnis auf 6,681 Milliarden geschätzt, also um 783 Millionen geringer. Davon entfallen gut die Hälfte auf das Reich, die andere Hälfte auf Länder und Gemeinden. Das Weniger-Auffommen von 783 Millionen beruht im wesentlichen auf dem Zurückbleiben der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer gegenüber den Schätzungen, und zwar bei der Einkommensteuer um 270, bei der Umsatzsteuer um 420 Millionen. Im Ganzen gesehen wird man mit einem Minderaufkommen von rund 800 Millionen bei Steuern und Abollen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen.

Gesamtergebnis erscheint erträglich

Wir werden zu rechnen haben für das Reich mit 400 Millionen Steuerausfall, 50 Millionen Ausfall bei den Vorzugsaktien der Reichsbahn und mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei verschiedenen Posten in Höhe von 300 bis 350 Millionen, so daß insgesamt ein Fehlbetrag von rund 800 Millionen entsteht. Nun ist auch im Jahre 1932 ein Posten zur Deckung des alten Fehlbetrages in Höhe von 420 Millionen vorgesehen. Wir kommen also bei dem aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrag von 1690 Millionen auf 1270 Millionen herunter. Dazu tritt der neue Fehlbetrag von 800 Millionen Markt, so daß wir insgesamt Ende des Rechnungsjahres 1932 einen Fehlbetrag von 2070 Millionen haben werden.

Wenn man sich überlegt, daß in diesem Fehlbetrag die 470 Millionen Extraordinarium sind, die wir aus früheren Jahren mitgeschleppt und erst im vorigen Jahr endgültig als Fehlbetrag ausgebracht haben, so ergibt sich, daß wir in Wirklichkeit im ordentlichen Haushalt einen Fehlbetrag von 1 1/2 Milliarden haben, die tatsächlich den Fehlbetrag aus den Kriegsjahren 1930 bis 1932 darstellen. Das ist ein finanzielles Ergebnis, das in Anbetracht der durchlebten schweren Krise erträglich erscheint.

Die Schwere des Fehlbetrages liegt darin, daß wir weniger als andere Länder in der Lage sind, kassenmäßig die Deckung dafür bald zu bringen. Wenn man auf der anderen Seite sieht, daß Amerika das Etatsjahr 1931/32 mit einem Fehlbetrag von 2,9 Milliarden Dollar, also über zehn Milliarden Markt, abgeschlossen hat, daß auch Frankreich sich mit einem Defizit plagt, das 26 Milliarden Franken in diesem Jahre beträgt, so ergibt sich immerhin, daß unser Fehlbetrag bei aller Schwere, die er kassenmäßig und staatsmäßig bedeutet, an der Schwere der Krise dieser drei Jahre gemessen ein Ergebnis darstellt, das nicht allzu gefährlich ist.

Infolge von Dispositionen, die wir rechtzeitig getroffen haben, haben wir im Reiche nennenswerte Kassenchwierigkeiten nicht zu befürchten.

Schulden und Bürgschaften

Der Minister macht dann einige Bemerkungen über den Stand der Schulden des Reiches. Die Schulden betragen am 31. März 1932 12,152 Milliarden und am 31. Dezember 1932 12,264 Milliarden. Von dem Schuldenschatz am 31. März waren 10,430 Milliarden fundierte Schuld, von dem Schuldenschatz Ende Dezember 10,428 Milliarden. Die fundierte Schuld ist also um rund 2 Millionen gesunken.

Der Minister gibt schließlich eine Übersicht über die vom Reiche übernommenen Bürgschaften. Ihre Summe betrug am 1. April 1932 2015 Millionen, am 1. Oktober 2146 Millionen einschließliche 150 Millionen für Wechselkredite zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung beim Straßenbau und bei der Wasserwirtschaft. Auf die Landwirtschaft entfallen davon 270 Millionen, und zwar 71 Millionen auf Bürgschaftkredite und 117 Millionen auf die landwirtschaftliche Umschuldung auf Grund des Dörfliengesetzes.

Sanierung der Gemeinden

Finanzpolitik lehre er die gesamten Etats des Reiches, der Länder und Gemeinden als eine Einheit an. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, die Gemeinde der Minister, wenn man nur versuchen wollte, den Etat des Reiches in Ordnung zu bringen, und wenn man dabei die Etats der Länder und Gemeinden einem unentrinnbaren Schicksal überließe. Insbesondere die Gemeinden sind durch die ständig wachsenden Wohlfahrtslasten in schwerer Bedrängnis. Praktisch trage das Reich zurzeit in den Wintermonaten allerdings 80 bis 85 Prozent der Wohlfahrtslasten der Gemeinden mit einem Betrage von rund 80 Millionen pro Monat. Es ergebe sich daraus, daß das Reich sehr ernsthaft den Versuch mache, die Gemeinden wieder auf die Füße zu stellen. Die Belastung der Gemeinden gehe aber nicht nur auf die Wohlfahrtsdienstleistungen zurück, sondern sie gründe sich auch noch auf die kurzfristigen Kredite aus früherer Zeit. Und so unzulässig die Gemeinden an den wachsenden Wohlfahrtsdienstleistungen seien, so seien doch manche Gemeinden nicht unfähig an der kurzfristigen Verschuldung.

Auch auf diesem Gebiet, so erklärte der Minister, sind wir bemüht, zu einer gewissen Umschuldung für die Gemeinden zu kommen. Ob und in welcher Form sie gelingen wird, darüber kann ich im Augenblick nichts sagen. Aber auch dieses sehr ernste Problem wurde mit allem Nachdruck in Angriff genommen. Erst wenn es gelöst ist, kann man sagen, daß die finanzielle Situation der Gemeinden sich wieder einigermaßen auf einer gesunden Grundlage befindet.

Um's tägliche Brot

Dr. Gereke vor dem Sozialpolitischen Ausschuss

Berlin, 11. Januar.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages begann die Beratungen der Anträge zur Arbeitsbeschaffung. Zunächst gab der Reichskommissar Dr. Gereke einen Überblick über die Maßnahmen, die im Rahmen seines Sofortprogramms durchgeführt werden sollen.

Die Finanzierung der vorgezeichneten 500 Millionen RM sei gesichert. Zunächst sollten die Arbeiten durchgeführt werden, die absolut notwendig seien, die aber aus Mangel an Mitteln bisher nicht durchgeführt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit wandte sich der Reichskommissar gegen die Forderung, von einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm überhaupt abzusehen, da das einen Schlag gegen die Privatwirtschaft bedeute. Eine solche Auffassung werde den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Im Gegenteil werden die Mittel, die im Rahmen des öffentlichen Arbeitsbeschaffungs-Programms ausgegeben werden, der Privatwirtschaft zugute kommen.

An eine ausschließliche oder vorzugsweise Vergabe der Mittel im Bereiche mit besonders starker Arbeitslosigkeit sei nicht gedacht, weil ja alle größeren Arbeiten sich nicht rein örtlich auswirken. So werden z. B. Brückenreparaturen in Berlin eine Entlastung des Arbeitsmarktes im Ruhrgebiet bewirken. In einem Teil der Presse seien die Durchführungsbestimmungen für die öffentliche Hand als zu ungünstig bezeichnet worden. Demgegenüber leitete der Reichskommissar mit, daß schon jetzt auf Grund der Richtlinien mehr Anforderungen an ihm eingegangen seien, als aus dem Sofort-Programm befristet werden können. Das spreche doch dafür, daß die Darlehensbedingungen doch wohl im allgemeinen tragbar seien.

Ob die Einstellungsprämie aufrechterhalten werden könne, wenn der Arbeitsmarkt durch öffentliche Aufträge entlastet werde, ließe sich dahin. Regierung und Parlament hätten schließlich darüber zu entscheiden. Für einen Teil der Gemeinden würden auch nach seiner, des Reichskommissars Auffassung, die erleichterten Bedingungen der Durchführungsbestimmungen unannehmbar sein. Aber für solche Fälle sei ja ein besonderes Ausnahmeverfahren vorgesehen, bei dem schließlich die Regierung noch leichtere Bedingungen festlegen könne.

Solche Sondermaßnahmen seien nur möglich, wenn die Lage einer Einzelgemeinde wirklich hoffnungslos sei, denn sonst würde bei manchen Gemeinden eine Lage Auffassung entstehen. In Anweisungen an die Arbeitsämter sei besonders darauf hingewiesen worden, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm gerade die langfristigen Erwerbslosen bevorzugt werden sollten. Wenn sich Schwierigkeiten ergäben, würden Arbeitsminister und Reichskommissar sofort durch neue Anweisungen eingreifen. In den 6 v. J. „Rente“ sei auch die Tilgung der Darlehen enthalten. Wenn er gelang habe, daß die Rentenbankkreditanstalt als untere Grenze für die Kredite den Betrag von 5000 RM festgelegt habe, so sei das nur die Regel, auch kleinere Darlehen seien möglich.

Forderungen und Wünsche

In der Aussprache gibt Abg. Dr. Braun (Ztr.) der Hoffnung Ausdruck, daß das Sofortprogramm von 500 Millionen nur der Auftakt zu weiteren Bemühungen sein werde. In verhältnismäßig kurzer Zeit könne man zahlreichen Erwerbslosen zu Beschäftigung verhelfen durch die sogenannte berufliche Siedlung. Unter gewissen günstigen Bedingungen ließen sich solche Siedlungsstellen schon für 5000 RM beschaffen. Solche Maßnahmen würden sich auf die Dauer nach den verschiedensten Richtungen hin günstig auswirken.

Abg. Dr. Schmidt (Dnat.) weist auf die Unsicherheit hin, die die Kreise der Wirtschaft ergreifen habe, weil man jetzt von einer Aufhebung der Einstellungsprämie zugunsten des Arbeitsbeschaffungsprogramms spreche. Durch ein solches Programm könnten höchstens 10 bis 12 Prozent der Erwerbslosen in Arbeit gebracht werden. Die Kernfrage sei deshalb, die Privatwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Abg. Dr. Agena (Dnat.) bezweifelt einen wirklichen Erfolg jeglicher Siedlungspolitik, solange die Landwirtschaft nicht rentabel sei. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit würde niemals so groß geworden sein, wenn man die landwirt-

schaftliche Erzeugung genügend geschützt und dadurch auch dem Binnenmarkt die Landwirtschaft kaufkräftig erhalten hätte.

Abg. Grafmann (Soz.) verlangte die unbedingte Aufhebung der Einstellungsprämie. Man brauche nicht die Produktionsbetriebe zu füttern, sondern müsse den Konsum fördern.

Abg. Dreher (Nat.-Soz.) kritisiert die Einstellungsprämie als etwas „unehört einseitiges“. Der Fehler des Gerekeprogramms liege darin, daß es unrentable Arbeiten fördern wolle. Solche gemeinnützigen Arbeiten, die nichts einträgen, müßten im Arbeitsdienst ausgeführt werden.

Wieder deutsche Militär-Attaches

Paris — London — Rom — Prag — Warschau — Moskau und Washington.

Berlin, 11. Januar.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist beabsichtigt, zum 1. April d. J. erstmals wieder jeft Kriegsende deutsche Militär- und Marine-Attaches an eine Reihe von deutschen Botschaften und Gesandtschaften zu entsenden. Militärattaches werden den Botschaften in Paris, London, Rom, Moskau und Washington und den Gesandtschaften in Prag und Warschau zugewiesen werden. Marineattaches werden entsandt an die Botschaften in Paris, London und Rom.

Einzelne von den Attaches werden zugleich auch bei anderen Staaten akkreditiert werden. Ueber die in Frage kommenden Persönlichkeiten ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Attaches unterziehen den einzelnen Missionsschefs und müssen ihre Berichte diesen vor der Abendung vorlegen.

Mit der Berufung von Militärattaches führt die Reichsregierung wieder eine Einrichtung ein, die seit dem Kriegsende nicht mehr bestanden hat. Das Verbot der Entsendung deutscher Militärmissionen zum Studium fremder Heere, gestattete aber die Möglichkeit der Unterhaltung von Militär- bzw. Marineattaches bei den deutschen Auslandsvertretungen. Für die Abhaltung solcher Attaches waren lediglich politische Erwägungen maßgebend. Nachdem eine ganze Reihe anderer Staaten ihren Berliner Vertretungen Militärattaches beigegeben hat, ist wiederholt von ausländischer Seite an Deutschland mit der Aufforderung herangetreten worden, ebenfalls Militärattaches zu ernennen.

Deutsches Schidial

Bekanntnis der Danziger Jugend.

Danzig, 11. Januar.

Anlässlich der 13. Wiederkehr des Jahrestages der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich, fand auf dem Langen Markt eine Jugendkundgebung des Vereins für das Deutichum im Auslande statt, an der Danziger Schulen und Jugendverbände teilnahmen.

Senator a. D. Dr. Si r u n k gedachte des Abschiedes der Garnison von Danzig auf dem Langen Markt vor dreizehn Jahren. An der gleichen Stelle liehe heute die Jugend. Das Nationalbewußtsein und der nationale Stolz sei in dem deutschen Volke wieder erwacht. Dies berechtige zu der Hoffnung für eine glückliche Zukunft.

Aufsensator Dr. W i n d e l i c h gab einen Rückblick auf die vier Jahre des Weltkrieges und die Geschichte der Postrennung Danzigs von Deutschland.

„Niemand war es Danziger Art, zu verzagen. Aber nicht nur ein Treuegeblüh der deutschen Jugend soll die heutige Kundgebung sein, sondern sie soll auch der Erkenntnis dienen, daß Danzig und des Ostens Schidial deutsches Schidial ist. Danzig ist erneut zum Angelpunkt der europäischen Geschichte geworden. Es fällt sich nach wie vor aufs engste mit dem deutschen Vaterland in Treue verbunden.“

Es wurde darauf eine Entschliesung angenommen, in der die deutsche Jugend der Freien Stadt Danzig sich am Tage der 13. Wiederkehr des Abtrennungstages vom Reich vor dem deutschen Volk und vor aller Welt zu ihrem Deutichum bekennet. Die Jugend ist in dem Willen einig: D a n z i g bleibt deutsch!

Mit einem Gedanken an die Toten und an die entrienen deutschen Gebiete und dem Gesang des Deutichlandliedes fand die Feierlichkeit ihren Abschluß.

Die Fahne von St. Leonard

Eine verjöhnliche französische Geste?

Paris, 11. Januar.

„Paris Midi“ veröffentlicht einen Artikel des Obersten Guilleaume über die Frage der Rückgabe der Fahne des 2. Bataillons des 3. Garde-Regimentes durch Frankreich an Deutschland. Bei den Kämpfen um St. Leonard bei Reims ging am 26. September 1914 die Fahne verloren. Der Fahnenträger hatte das Fahnenstück losgelassen und, um es zu retten, sich um die Brust geschlungen. So fiel er. Am 20. Januar 1920 fand man bei Erdarbeiten die Reste des Fahnenträgers und das Fahnenstück. Das Fahnenstück wurde dem französischen Heeresmuseum übergeben. Gerade diese Fahne, die also nicht im Kriege erbeutet wurde, hat deshalb eine besondere Bedeutung, weil es die Fahne des 3. Garde-Regimentes ist, das Hindenburg früher befehligt hatte.

Der französische Oberst Guilleaume tritt nach Schilderung des Tatbestandes dafür ein, daß Frankreich dem Reichspräsidenten die Fahne als Geschenk überreichen lasse. Der Oberst erklärt dazu, er habe mit ehemaligen französischen Frontkämpfern gesprochen, die eine solche Kundgebung des guten Willens gebilligt hätten.

Legte Hoffnung

Die Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 11. Januar.

Am Vorbereitenden Ausschuss für die Weltwirtschaftskonferenz wurde die allgemeine Aussprache fortgesetzt. Der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Dr. P o f f e, unterstrich die Feststellung der Sachverständigen, daß die Schuldnerländer nur mit Waren bezahlen könnten und daß die Gläubigerländer ihre Handelspolitik entsprechend einrichten müßten. Er betonte weiter die Notwendigkeit, auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete gleichmäßig und gleichzeitig sowie möglichst bald mit umfassenden Maßnahmen vorzugehen.

Die Regierungen müßten durch den Vorbereitenden Ausschuss darauf hingewiesen werden, welche ungeheure Verantwortung sie auf sich laden, wenn die Condore Weltwirtschaftskonferenz kein Ergebnis hat. Unter Hinweis auf eine im Saale aufgehängte graphische Darstellung über das Sinken des Welthandels erklärte Dr. P o f f e, daß die sinkende Kurve sehr bald den Nullpunkt erreichen würde, wenn London kein Ergebnis habe. Es sei die Pflicht der Regierungen zu einer Verminderung der Weltarbeitslosigkeit zu kommen. Sonst würde ein noch größerer Kampf aller gegen alle entbrennen.

Der italienische Sachverständige Professor Beneduce wandte sich gegen eine übertriebenen pessimismus. Er erklärte, die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nicht nur eine Folge des Weltkrieges, sondern auch eine Folge der Störungen, die durch Reparationen und internationale Schulden im Weltwirtschaftsverkehr entstanden seien. In Casuarie sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Man müsse hoffen, daß aus der endgültigen Friede auf diesem Gebiete eintreten werde.

Genfer Arbeitszeit-Konferenz

Beginn der vorbereitenden Verhandlungen.

Genf, 11. Januar.

Die vom Internationalen Arbeitsamt einberufene Vorbereitungskonferenz für die internationale Einführung der 40stündigen Arbeitswoche in der Industrie begann in Anwesenheit von Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aus 34 Staaten.

Am ganzen sind 70 Delegierte mit 75 Sachbearbeitern erschienen. Die deutsche Regierung hat den Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Dr. S i e l e r entsandt, die deutschen Arbeitgeber sind durch Kommerzienrat W o g e l (Chemnitz), die deutschen Arbeitnehmer durch den hessischen Innenminister L e u c h n e r vertreten.



Ja, die Nacht befand sich erst im Beginn für dieses Berlin, in dem die Drei-Uhr-Polizeistunde den Abend beschlicht. Ihre Glieder wurden bleischnwer. Wo sollte sie bis zum Morgen bleiben? In ein Hotel traute sie sich nach all den Begegnungen, die sie gehabt, nach all den Erscheinungen, die sie aus ihrer Nativität aufgeschreckt hatten, nicht mehr.

Einmal blieb sie vor einem Schaufenster stehen. Es war ein Schuhgeschäft, das besonders reizvolle Modelle ausstellte; es war aber nicht der Wunsch, die Schuhe zu betrachten, der ihren Schritt hemmte, sondern die Möglichkeit, sich im Stehen und Vor-sich-hin-Starren vielleicht besser zu befinden und ein bißchen ausruhen zu können. Ihre Knie wollten nicht mehr weiter.

Plötzlich merkte sie, daß wieder einmal ein Mann neben ihr stand, der ihr, wie es ihr jetzt schien, schon eine Weile gefolgt war. Er näherte sich ihr noch mehr, als er ihre Verwirrung bemerkte. Da ging sie eilig weiter. Er jedoch hielt Schritt und war bald an ihrer Seite. Er begann auf sie einzureden. Sie hörte zuerst gar nicht auf das, was er sagte, aber er ließ sich durch ihr Schweigen nicht im geringsten einschüchtern, sondern sprach in einem festem sanften und eindringlichen Ton eine Zeitlang fort. Sie war fast zu müde, ihm das Wort zu verbieten oder einen Entschluß zu fassen; auch tat es ihr in gewisser Weise wohl, in ihrer Einsamkeit einen Menschen zu hören.

Aber dann wandte sie sich doch schnell seitwärts und ging, wie schon vorher so oft, nach der anderen Straßenseite hinüber. Er folgte ihr ruhig und wie ohne zu merken, daß ihr Abschwenten seiner Verfolgung galt. Und er sprach weiter, immer weiter, als wäre nichts geschehen. Jetzt hörte sie, was er sagte:

„Ich habe eine Schwester“, so klingen wohl anezogene Worte mitten aus seinem Nebenfuß, „und ich stelle mir vor, daß es ihr einmal ähnlich gehen könnte wie Ihnen heute. Sie sieht Ihnen nämlich etwas ähnlich. Und wenn ich mir denke, daß sie auch einmal so durch die Straßen laufen müßte, weil vielleicht irgendetwas Schuft ihr etwas angeht hat oder sie sich sonst aus einem Grunde nicht mehr nach Hause traute, dann hoffe ich nur, daß sie jemanden finden möchte, der sie vor Ueberleistungen zurückhält, so wie ich es jetzt bei Ihnen tue. Aber wollen Sie mir nicht einmal antworten?“

Er schaute ihr gerade ins Gesicht, und sie sah ihn, durch seinen Blick gezwungen, zum ersten Male an. Er war groß und schlank, braunhäutig, mit ausgeprägter Geknag gelieidet. Seine Augen waren dunkel und hatten etwas Brennendes, dem sich Ulrike nicht entziehen konnte.

„Sagen Sie mir doch bitte ein Wort“, bat er mit sanfter Stimme. „Über glauben Sie, daß ich Ihnen etwas Böses antun will?“

Er lächelte dabei, und seine Zähne, die schneeweiß gegen die dunkle Haut abstachen, entblöhten sich. Ulrike lächelte mit. Nein, das wäre wirklich ein unmöglicher Gedanke, daß dieser wohlgezogene Herr mit den juvontommenden Manieren etwas Böses gegen sie im Schilde führte. Und sie schüttelte den Kopf und zeigte ihm durch ihr Lächeln, daß sie nicht so töricht sei, etwas Derartiges anzunehmen.

Er griff mit einer spontanen Freude nach ihrer Hand:

„Sie sind entzückend, gnädiges Fräulein!“ rief er. — „Aber nun sagen Sie mir bitte, was in aller Welt veranlaßt Sie, seit drei Stunden oder noch länger durch die Straßen zu pilgern. Ich habe Sie nämlich schon ein Viertel nach elf Uhr an der Reinekestraße beobachtet!“ — sie horchte auf — „Sie aber dann leider aus den Augen verloren. Wie ich mich gefreut habe, als ich Sie endlich wieder sah! Ich möchte Ihnen doch so sehrrechtlich gern helfen!“

Er redete weiter, immer weiter auf sie ein, ernst und heiter, gültig und streng. Er erzählte ihr von seiner Mutter und seiner Schwester, und diesmal erlag sie den herzlichen und warmen Worten und begann, dem Fremden alles zu beichten, was ihr zugestoßen war. Er hörte aufmerksam zu, unterbrach sie nur von Zeit zu Zeit durch bedauernde Zwischenrufe und interessierte Fragen, die ihre Erzählung wieder ein Stückchen vorwärts brachten.

Bald war er über ihr bisheriges Leben vollkommen orientiert; nur die Begegnung mit Doktor von Schramm wagte sie nicht, ihm anzuvertrauen, da sie fürchtete, er könnte ihn vielleicht gesellschaftlich kennen. Sie traute sich nicht recht zu, wenn sie erst von Schramm sprach, sich nicht auch seinen Namen entschließen zu lassen.

Es war inzwischen gegen drei Uhr geworden, die Lokale schlossen ihre Porten und die Lichterlampen erloschen.

Sie war zum Umfinten müde. Eine Zeitlang hatte es sie erfrischt, von sich und ihrem Schidial sprechen zu dürfen, noch dazu mit einem Menschen, der so viel Anteilnahme zeigte und der es auch diesem berichtig mit ihr meinte; aber jetzt war auch diese Spannung vorüber. Nichts blieb, als ein Gefühl unendlicher Müdigkeit und Leere. Und der Herr an ihrer Seite, der so gut in ihrer Seele zu lesen verstand, erkannte diesen Zustand, der sich ihrer bemächtigt hatte; er begann etwas zaghaft:

„Ich würde es nun aber doch für rasch erachten, daß Sie Ihr müdes Köpfchen irgendwo zur Ruhe legen. Ich sehe ja — Sie können nicht mehr weiter! Darf ich Ihnen einen Vorschlag machen, ohne daß — Sie ihn mir übernehmen?“

Er sah sie mit bittendem Blick an, so wie eine Schulntabe, der wild und ungebärdig war und nun eine leichte Rüge erwartete. Sie mußte wieder über den fändlichen Ausdruck seines Gesichtes lächeln und antwortete:

„Nein, nein! Ich verspreche Ihnen, daß ich Ihnen nicht böse sein werde.“

(Fortsetzung folgt.)

Vom Fünfjahresplan

Stalins Bericht über die erzielten Ergebnisse.

Moskau, 11. Januar.

Stalin berichtete in der gemeinsamen Vollversammlung des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans. — Stalin befahte sich zu Beginn seines Referates mit der „Internationalen Bedeutung des Fünfjahresplans“. Anschließend sprach er über die Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes.

Das Programm der Industrialisierung ist — nach Stalins Bericht — zu 93,7 v. H. erfüllt. Der Ausfall von 6,3 v. H. sei auf das Nichtaufhandkommen von Nichtanfertigungen mit verschiedenen Ländern und auf die Verwirrungen im Fernen Osten zurückzuführen. Eine Anzahl Fabriken habe sich nämlich infolge dieser Lage auf die Herstellung von Rüstungsbedarf umstellen müssen. Stalin kam zu der Feststellung, daß die Erzeugung von Gebrauchsgütern für den allgemeinen Bedarf zu gering gewesen sei, und begründete die bevorzugte Stellung der Schwerindustrie mit ihrer Schlüsselstellung und mit der Notwendigkeit für Sowjetrußland, gegen feindliche Angriffe gerüstet zu sein; andererseits wurde seine Lage der Chinas gleichkommen.

Die Frage, ob im zweiten Fünfjahresplan die gleiche Politik des schnellsten Tempos im Industrieaufbau nötig wäre, verneinte Stalin. Bisher habe der Zuwachs der Produktion 22 v. H. jährlich betragen, in Zukunft würden es 13 bis 14 v. H. sein.

Hinsichtlich der Entwicklung der Landwirtschaft in der Sowjetunion führte Stalin die Fortschritte der Kollektivierung an. Gegenwärtig bestünden 200.000 Kollektivwirtschaften und rund 5000 Staatsgüter. Stalin gab zu, daß die Kollektiven größtenteils noch unrentabel seien, erklärte aber, daß sie in zwei bis drei Jahren rentabel werden würden. Im Zusammenhang mit der materiellen Lage der Arbeiter und Bauern sprach Stalin über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und über die „Beseitigung der Verarmung auf dem Lande“.

Stalin polemisierte fobann gegen die Ansicht, daß zunächst die angeblich merkwürdige Sowjetvaluta geheilt werden müßte. Hinter dem Sowjetgeld, so erklärte Stalin, stünden Warenmengen in der Hand des Staates, die dieser zu festen Preisen ausbebe. Zum Schluß kam Stalin zu der Feststellung, der Fünfjahresplan habe bewiesen, daß der Sozialismus in einem Land möglich sei.

Keine Unterredung Schleicher — Hitler

Berlin, 11. Januar.

Die aufsehenerregende Reise Hitlers nach Berlin hat offenbar nur Geschäften gedient, die mit den internen Parteiverhältnissen zusammenhängen. Eine Zusammenkunft zwischen Schleicher und dem nationalsozialistischen Führer hat nicht stattgefunden, und ebensowenig ist eine Führungnahme durch Mittelstammern erfolgt. Es wird in Kreisen, die der Regierung nahe stehen, erklärt, daß, wenn Hitler eine solche Unterredung nachsuchen würde, der Reichszentralrat natürlich bereit wäre, ihn zu empfangen. Da Hitler aber schon heute wieder Berlin verläßt, wird mit einer Zusammenkunft nicht mehr gerechnet. Ebensowenig kommt eine Begegnung Hitlers mit Hugenberg in Frage, da der Parteichef der Deutschnationalen garnicht in Berlin weilte.

In ernsthaften politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß von den Gepländerten, die in der letzten Zeit zwischen einzelnen Persönlichkeiten stattgefunden haben, ein Aufsehen gemacht wird, das weit über den tatsächlichen Wert hinausgeht, der ihnen zukommt.

Eine nationale Rundgebung

Zum 10. Jahrestag der Ruhrbesetzung

Essen, 11. Januar.

Der Stahlhelm gedachte des Vorabends der Ruhrbesetzung vor zehn Jahren mit einer großen nationalen Rundgebung auf dem Burgplatz. Studenterrat Mahnen, der Führer des Westmarkenbundes im Bund der Frontsoldaten, gab den nach Tausenden zählenden Zuhörern ein lebendiges Bild jener schicksalshemeren Tage des Jahres 1923, als sich die in ihrem Nationalgefühl tief verletzten Ruhrbevölkerung entschlossen habe, waffenlos einem in Waffen stehenden Gegner die Stirne zu bieten. Der zähe Abwehrkampf des Ruhrvolkes habe der Rheinlandbefreiung und aller weiteren deutschen außenpolitischen Befreiungspolitik die Wege geebnet. Diese feste nationale Einigkeit müsse wiederkehren. Dann werde die neue Macht der Welt dem deutschen Volk den Weg zu neuem Aufstieg verlegen können. — Die Rundgebung schloß mit dem Deutschlandlied, in das die Menge ergreifen einstimmte.

Für Abrüstung und Zusammenarbeit

Freiherr von Rheinbaben vor der Diplomatischen Akademie

Paris, 11. Januar.

In seiner Rede vor der Internationalen Diplomatischen Akademie erklärte Freiherr v. Rheinbaben, die dringendste Aufgabe der Gegenwart bestehe darin, die Annäherung und die Einigung der Völker zu suchen. Die Entschlüsse und die Politik, die dazu notwendig seien, seien eine bewusste Politik des Fortschritts, der Evolution und der Revision in gemeinsamem Einverständnis. Die Behauptung, Deutschland wolle in Wahrheit gar nicht die Abrüstung, sondern die Revision des Versailles-Vertrages, insbesondere die Revision der Grenzen, stammte, wie der Redner mit Nachdruck betonte nicht von deutscher Seite. Auf der Abrüstungskonferenz müsse vorerst und vor allem endlich einmal abgeräumt werden. Dem Vorschlag einer lädenlosen juristischen Organisation des europäischen Friedens müsse man allerdings beherzigt entgegenhalten, daß dieser Verlust ohne vorherige Lösung bestimmter für Deutschland lebenswichtiger politischer Fragen verfrüht bzw. unmöglich ergehe.

Der Redner schloß mit der Versicherung, daß ein erster wichtiger Schritt zur Verminderung der Rüstungen in den hochgerüsteten Ländern eine außerordentlich wirkungsvolle symbolische Handlung sein würde.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Elkfließ, den 12. Januar 1933

Tagess-Zeiger

☉-Aufgang: 8 Uhr 38 Min. ☾-Untergang: 4 Uhr 33 Min.

Schwallier:

2.55 Uhr Vorm. — 3.20 Uhr Nachm.

13. Januar: 3.32 Uhr Vorm. — 3.59 Uhr Nachm.

* Der Kriegerverein hatte am Sonntag seine Mitglieder zu der diesjährigen Hauptversammlung eingeladen. Recht zahlreich waren diese dem Ruf gefolgt, die Versammlung war gut besucht. Um 8.30 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende die Tagung mit herzlicher Begrüßung an die Erschienenen. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder durch einen Augenblick stillen Gedenkens und Ergeben von den Sängern gedacht. Der 1. Vorsitzende machte bekannt, daß im Berichtsjahr 7 Kameraden gestorben sind, alle über 70 Jahre alt. Die Neuzugangsbeiträge des Präsidenten des Kyffhäuserbundes und des Oldenburger Kriegerbundes wurden bekanntgegeben. Vom 1. Schriftführer wurde der Jahresbericht verlesen, aus dem hervorging, daß dem Verein im letzten Jahre viele Aufgaben gestellt und eine große Menge an Arbeit im Sinne der Bewegung geleistet wurde. In der nun folgenden Aussprache faßte die Versammlung den Beschluß, im kommenden Jahre gelegentlich der Versammlungen öfters Lichtbilder zu zeigen, um den Versammlungsbesuch noch mehr zu heben. Der vom 1. Kassensührer dargebrachte Kassensbericht zeigte, daß der Kassenschatz es verstanden hat, trotz der wirtschaftlichen Notlage den Bestand ohne große Einbuße zu halten. Für die mühsertätige Führung der Kassengeschäfte wurde dem Kassenschatz der Dank des Vereins ausgesprochen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Haushaltsplan, wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag in Höhe des vergangenen Jahres zu heben. Der aufgestellte Jahreshaushaltsplan wurde einstimmig angenommen. Zum nächsten Punkt, Wahlen, machte die Versammlung den Vorschlag, den bisherigen Gesamtvorstand um Weiterführung der Geschäfte zu eruchen. Der Gesamtvorstand wird einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme des 2. Vorsitzenden, der seinen Posten schon früher zur Verfügung gestellt hatte. Der 1. Vorsitzende dankte der Versammlung und versprach im Namen des Gesamtvorstandes, auch im kommenden Jahre alles zu tun, um das Wohl des Vereins zu fördern. Für den Posten des 2. Vorsitzenden wurde einstimmig Kamerad Gerhard Müntermann gewählt. Als Vereinslotsal wird Geislers Gasthaus beibehalten. Für einige kleine Posten wurde der Führer neu bzw. umgewählt. In der Kriegsbildungs- und Hinterbliebenen-Sache gab der Obmann, Kamerad Albertus Müller, längere Ausführungen. Es ging daraus hervor, daß diese Gruppe viel leistet zum Wohle der ihr Anvertrauten. Alle R. V. und R. F. sind wohl nirgends besser aufgehoben wie hier, und alle, die der Betreuung durch den Kyffhäuserbund noch fern stehen, sollten sich diesem anschließen, zumal die Arbeit und Erfolge der Jugendgruppe berichtigt der Führer, Kamerad Müntermann. Es ist zu eruchen, daß auch diese Gruppe im Berichtsjahr wesentliche Fortschritte machte, sowohl im Sport wie auch im Schießen. Der Fleiß wurde denn auch belohnt durch 6 Siegerkränze bei 7 Teilnehmern auf dem Landesporttag in Oldenburg. Die Jugendgruppen des Amtsverbandes belegten hier im Schießen den 2. Platz, im 10 Kilometer-Marsch wurde unsere Jugendgruppe 2. Sieger. Bei dem Gruppenportfest in Elkfließ zeigten die Jungens ihr Bestes im Schießen und Sport. Für die einwandfreie Durchführung dieser Veranstaltung gebührt u. a. den Herren Schwarting und Jaeschke der Dank des Vereins. An Ausbildungskursen nahmen die Jungmänner Möring und Rowold teil. Der Jungmann Theodor Möring erwarb sich außerdem bei einem Kursus im Munsterlager das Zeugnis zum Hilfslehrer. Der Jungmann Hans Müntermann erfoß in diesem Jahre die Schützenhonor, so daß wir in unserer Gruppe 2 Jungmänner mit dieser Auszeichnung haben. Von den Altflüglern erfoß Kamerad Gerhard Müntermann die bronzene Ehrennadel. Jetzt bereitet die Jugendgruppe sich vor auf die in diesem Sommer im Verbandsauskampfe die Gindenburgplatte. Es ist erfreulich, daß die Gruppe sich in dem vergangenen Jahre so entwickelt. Der besondere Dank gilt in erster Linie dem nun rastenden Führer, Kamerad Müntermann, sowie allen, die sich zur Mitarbeit zur Verfügung stellten. Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Söhne, Lehrlinge usw. anzuhalten, der Gruppe beizutreten. Unsere Jungens sind wohl nirgends besser aufgehoben wie hier. Der Etat für die Jugendgruppe wurde einstimmig angenommen. Zu Punkt 7 der Tagesordnung, Veranlassungen, beschloß die Versammlung, von der Abhaltung einer Festlichkeit in diesem Winter wegen der wirtschaftlichen Notlage Abstand zu nehmen. In den nächsten beiden Versammlungen sollen Lichtbilder gezeigt werden. Ein Ausflug im kommenden Sommer wurde stark befürwortet und beschlossen, wann und wohin wird noch festgelegt. Die Reisekasse wird wie im vorigen Sommer ausgezogen. Am kommenden Sonnabend nimmt der Verein an dem zur Reichsgründungsfeier veranstalteten Fackelzug teil. Die Mitglieder werden gebeten, sich hieran recht zahlreich zu beteiligen. Den Kameraden Reinhard Grashoff, Albert Kleiber wurde das Bundesabzeichen für 40jährige treue Mitgliedschaft; den Kameraden Christian Stinck, Erich von Essen, Otto Freetz, Wilhelm Rohmann, Friedrich Reemis, Wilhelm Cordes für 25jährige treue Mitgliedschaft überreicht. Unter Verschiedenen wurden das kommende Bundesfest in Oldenburg sowie das Verbandsfest in Verne besprochen. Die Weihnachtsfeier ist sehr gut verlaufen. Der 1. Vorsitzende gab bekannt, daß ein Buch vom Kameraden Krüger-Nordenham heraus gegeben ist, „Die Reise an die Westfront“. Das Buch ist zu sehr geringem Preis bei Kamerad S. Borgmann zu haben. In Anerkennung der vorzüglichen Ausgestaltung des Bundesblattes beschloß die Versammlung ein Anerkennungs-schreiben an den Herausgeber dieser Zeitung. Für das

in Bad Berka zu errichtende Reichs-Ehrenmal sind jetzt Bausteine zu zeichnen, die Listen zur Eintragung werden der Verammlung vorgelegt. An der Aushebung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist der Kyffhäuserbund aufbauend tätig, desgleichen in dem Luft- und Gasdienst. In nächster Zeit läuft im „Tivol“ der Film „Theodor Körner“. Die Mitglieder werden aufgefordert, diese Vorstellung zahlreich zu besuchen. Am 15. d. M., mittags 12 Uhr, ist in Berlin eine Weibstunde zur Erinnerung an die Reichsgründung. Beschlossen wurde noch, die nächste Versammlung am 5. Februar beim Kameraden Fr. Eilers in Wien abzuhalten. Hier wird der Film gezeigt, „Der Weibdegang des Kyffhäuser-Bundes“. Um 11.30 Uhr schloß der 1. Vorsitzende die so umfangreiche Tagung der ersten Versammlung im Jahre 1933. Er dankte der Versammlung für die Mitarbeit an der so glatt verlaufenen Tagesordnung und hat die Mitglieder, auch im kommenden Jahre sich recht tatkräftig in den Dienst unserer Bewegung zum Wohle unseres lieben Vaterlandes zu stellen. Ein dreifaches Hoch auf unser Vaterland schloß seine Ausführungen. Im Namen der Versammlung dankte Kamerad Pingel dem geschäftsführenden Vorstand für die so umfangreiche Arbeit. Er forderte die Mitglieder auf, nicht zu ruhen, sondern immer mit zu wirken und dem Vorstand eine kräftige Stütze zu sein. Die Arbeit käme ja nicht uns zu Gute, sondern durch den Verein dem Vaterlande, das unsere Hilfe so sehr bedarf und gerade uns doch über alles geht. Eine amerikanische Verfeinerung der Sachen, die von der Weihnachtsverlosung nicht abgeholt waren, folgte dem geschäftlichen Teil. Dabei gab es natürlich noch recht vernünftige Momente, zumal unter den nicht abgeholten Gewinnern der erste Gewinn der Verlosung war.

* Die „Tivoli-Tonlichtspiele“ bringen ab Freitag das große historische Filmwerk „Theodor Körner“ (Ein deutsches Heldentum), zur Aufführung. Wie ein Mahnruf zur Verantwortungsbewußtheit und mutiger Tat klingt der Film in die Zerrissenheit unserer Tage hinein, fortweisend und mit seinem historischen Geschehen sich um einen Mann rankend, dem ein heißes Herz in der Brust schlägt. Ein grandioses Zeitgemälde ist entstanden, voll packender Szenen, von denen die Einsegnung der Likönböden Fäger in der Waldkirche zu Nagan, der Leberfall auf das Freitrosser unweit Aigen und das Gescheh bei Gadebusch, das zu Körners Tode führte, mit besonderer Eindringlichkeit zum Zuschauer sprechen. Aber auch, was den Menschen und Dichter Körner betrifft, hat den ihm im Film gebührenden Raum gefunden. Seine Liebe zur Wiener Schauspielerin Toni Wambberger und die stille, unerwiderte Zuneigung der unerkannt als Soldat mitkämpfenden Eleonore von Prohaska. Dazu das große Zeitprogramm sowie die Ufa tönende Vorchschau. Jugendliche haben zu diesen Vorstellungen Zutritt. Karten im Vorverkauf in den bekannten Geschäften.

* Die Reichsbanner-Kapelle Brake verankalt am Sonnabend, dem 14. Jan., im „Stedinghof“, ein Konzert mit V. A. L. Es ist so billig gehalten, daß Alt und Jung für einige Groschen vergnügten Stunden verleben können. Der Eintritt kostet nur 50 Pf., Tanz frei. Darum heißt die Parole am Sonnabend: Auf zum „Stedinghof“. Das Konzert wird von 20 Musikern ausgeführt.

* Mozart-Feier. Ueber die Konzertsängerin Clara Ramsauer-Mugenbecher, die am Sonntag, dem 15. Januar, bei der in Geislers Saal stattfindenden Mozart-Feier mitwirkt, können wir folgendes mitteilen: Frau Ramsauer studierte auf der Musikhochschule in Stuttgart und ging später in die Gesangsschule von Frau Gilla Tolti, der sie eine weitere günstige Entwicklung ihrer Stimme verdankt. Ihre sehr sympathische, gut geschulte Altstimme eignet sich im besonderen für den Vortrag geistlicher und lyrischer Werke. Die Künstlerin bringt hier 8 der herrlichsten Lieder von Mozart zu Gehör und zwar: 1. „Kommi, liebe Pöther, kommi“, 2. „Der Sphylphe des Friedens“, 3. „Das Weiden“, 4. „Wiegenlied“, 5. „Die kleine Spinnerin“, 6. „Die Verschweigung“, 7. „Männer luchen stets zu naschen“, 8. „Sehniucht nach dem Frühlings“. In allen Städten, in denen Frau Ramsauer gefungen, hat sie stets den größten Beifall geerntet. — Es wird gebeten, den Karten-Vorverkauf im Kaufhaus Kunkel zu benutzen, um Störungen des Konzertes zu vermeiden.

* Betr.: Reichszuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden und Teilung von Wohnungen b.z.w. Einbau von Wohnungen in gewerbliche oder sonstige Räume. Von der Handwerkskammer wird uns geschrieben: Betrachtet man nach Jahreschluss die Aus-mittlungen der vom Reich gegebenen Zuschüsse für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden sowie Wohnungssteigerung und Wohnungseinbau, so kann gesagt werden, daß diese von Seiten der Hausbesitzer im Landesteil Oldenburg in beachtlichem Umfange in Anspruch genommen werden. Seit Anfang Oktober v. J. sind aus dem Landesteil Oldenburg bei der Handwerkskammer 1400 Gesuche eingegangen, die von der Handwerkskammer und dem im Einvernehmen mit dem oldenburgischen Staatsministerium bei der Handwerkskammer errichteten Gutachterauschuß geprüft wurden. Der aus Vertretern der Handwerkskammer, des Baugemeindefonds sowie des Haus- und Grundbesitzes zusammengesetzte Gutachterauschuß hat eine sehr umfangreiche Arbeit auf sich genommen, da insbesondere auf schnellste Beilegung aller Gesuche größter Wert gelegt wurde. Der Gutachterauschuß und die Handwerkskammer sehen es als ihre Hauptaufgabe an, dem einzelnen Berufsteller beratend zur Seite zu stehen und diese vor Schwarzarbeitern zu schützen, durch welche bekanntlich dem Auftraggeber erhebliche Unannehmlichkeiten entstehen können. Die Auswirkungen der Zuschüsse auf die oldenburgische Bauwirtschaft sind bisher noch nicht sehr groß gewesen. Zum Teil werden die beantragten Bauarbeiten erst im kommenden Frühjahr ausgeführt, zum anderen ist der Auftragsmangel im Baugewerbe so groß, daß die durch die Reichszuschüsse bewirkten Bauaufträge bei weitem nicht ausreichen, um die Bauwirtschaft im erforderlichen Maße zu beleben.

*Zuschüsse des Reichs für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen. Die Handwerkskammer schreibt uns: Wie bekannt, müssen den Anträgen um Zuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen die Kostenanschläge sämtlicher an den Bauarbeiten beteiligten Handwerker beifolgt werden. Hierzu hat das Ministerium im Dezember v. J. die nachstehende Verfügung erlassen: „Sämtliche Kostenanschläge, die den Anträgen auf Reichszuschüssen beifolgt werden, sind von dem betreffenden Handwerker mit Namen und genauer Angabe des Wohnortes zu unterzeichnen und ferner mit der Mitteilung zu versehen, daß er ordnungsmäßiges Mitglied einer Berufs-gesellschaft ist. Hierbei ist die Berufs-gesellschaft und die Mitgliedsnummer anzugeben.“

*Der oldenburgische Landesfeuerwehr-Verband veröffentlicht eine Uebersicht über die Einführung und Verbreitung der Motorspritzen im Landesteil Oldenburg. Die erste Motorspritze kaufte sich im Jahre 1913 die Gemeinde Westerbeke an. Die zweite Spritze, gleichfalls eine Elektro-Motorspritze, wurde von der Stadt Barel in Dienst gestellt, während Nordenham im Jahre 1917 eine Benzol-Motorspritze erwarb. Nach Ablauf der Jahre 1925, 1926 und 1927 hatte sich der Stand der Motorspritzen im Lande auf 51 erhöht. Während es sich bei den bisher eingeführten Spritzen entweder um automatische Spritzen oder vierräderige Motorspritzen handelte, bringt das Jahr 1928 durch die Klein-Motorspritzen einen Umchwung im Feuerlöschwesen mit sich. Die Zahl der beschafften Kleinmotorspritzen betrug im Jahre 1928 nur 8, im Jahre 1929 bereits 20 und 1930 17 Stück. Zur Zeit sind im Lande 64 Kleinmotorspritzen vorhanden. Nach einer Zusammenstellung sind zur Zeit im Oldenburger Lande insgesamt 126 Motorspritzen verteilt. Mit wenigen Ausnahmen befinden sich diese in Händen der Freiwilligen Feuerwehren. Von dem im oldenburgischen Landesfeuerwehr-Verband zusammengeschlossenen 110 Wehren sind 82 mit Motorspritzen ausgerüstet. Den Freiwilligen Feuerwehren war Dank der Motorspritzen schon ein großer Erfolg beschieden, so daß die von den Gemeinden und der Brandkasse aufgewendeten Mittel reiche Früchte getragen haben.

*Am 6. Januar fand eine Sitzung des Schiffahrtsausschusses der Industrie- und Handelskammer unter dem Vorsitz von Herrn Konsul Wieting-Brake statt. Der Ausschuss nahm zu der Frage der Wiederaufnahme kleiner Fahrzeuge auf der Weser und unteren Junte von Elsfleth bei Oldenburg Stellung, desgleichen zu einem Antrag des Reichsverkehrsministers und des Reichsfinanzministers betr. Verringerung der Zoll-zehnen. Die Frage der Befahrung der Fahrzeuge in der Küstenschifffahrt soll gemeinsam mit den anderen Wese-ruferstaaten Preußen und Bremen verhandelt werden. Als Sachverständiger wird Herr Wasserhoubt Ehlers-Brake die Interessen der oldenburgischen Küstenschifffahrt in dieser Besprechung wahrnehmen. Der Kammerpräsident sowie der stellvertretende Vorsitzende des Küstenschiffvereins, Direktor Wette-Nordenham berichteten eingehend über die Tätigkeit der Kammer in bezug auf die Fertigstellung des Küstenschiffverkehrs. Die Arbeiten werden von der Kammer auf diesem Gebiete intensiv weitergeführt werden. Eine Einladung des Unterwiesingens-Ausschusses in Wese-ründe zu einer gemeinsamen Besprechung der Unterwiesingens-fragen wurde bekanntgegeben. An der Besprechung werden seitens der Kammer die Herren Direktor Wette-Nordenham und Syndikus Dr. Gabeler-Oldenburg teilnehmen. Der Ausschuss befaßt sich weiter mit Tariffragen für die oldenburgischen Häfen sowie den Hafengebühren.

*Der neue Wasserturm auf Wangerooge ist in seinem Rohbau fertig gestellt, so daß nunmehr die letzten Arbeiten vorgenommen werden können. Schon konnte das Gerüst zum Teil entfernt werden, auch wurden schon Fenster und Türen eingelegt. Mit den Klempnerarbeiten wurde bereits begonnen, auch die Innenarbeiten setzen schon ein. Da die Zentralheizung gegebenenfalls ebenfalls in Betrieb genommen werden kann, dürfte eine Unterbrechung dieser Arbeiten durch Frostwetter ausgeschlossen sein. Ueberall ist auch bereits die Hand des Malers zu verspüren, so daß gefällige Farben auf den Wänden schon wirken. Die handwerklichen Arbeiten werden sämtlich von auf der Insel ansässigen Fachleuten ausgeführt, die Vorarbeiten und den eigentlichen Aufbau vollführten junge Leute vom freiwilligen Arbeitsdienst. Von ihnen sind die meisten zurückgetreten, zumal vor kurzem die Wohnbaracke zum Schadenfeuer vernichtet wurde. Man rechnet, daß die Einweihung des neuen Wasserturmes und seine Inbetriebstellung im Mai erfolgen kann.

*Oldenburg, 10. Januar 1933. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Zu g e t u. n u s v i e h m a r k t Auftrieb: 102 Stück Großvieh, darunter 9 Kälber.

Es kosteten:

hochtragende Kühe 1. Qualität	320—350 RM
" " 2. Qualität	270—310 "
" " 3. Qualität	200—260 "
tragende Kühe 1. Qualität	250—300 "
" " 2. Qualität	150—240 "
gütige Kühe	100—180 "
Zuchtkälber (bis 14 Tage alt)	10—20 "

Ausgeschaltete Tiere vereinigt über Notiz, Marktverkauf: Sehr schlecht.

*Oldenburg. Seinen Verletzungen erlag im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, der am Donnerstag morgen beim Wahnbergweg in Oldenburg auf der Straße Oldenburg-Bremen verunglückte Altmar Emil Wilschen. Er wurde von einem zur Stelle springenden Pferde vom Rade gestossen, geriet unter ein in diesem Augenblicke vorbeifahrendes Auto, wurde eine Strecke mitgeschleift und mußte dann mit Kopf- und Brustverletzungen fortgeschafft werden. Etwa zu derselben Zeit brach der 12jährige Sohn auf dem Spielplatz ein Bein und fand von der Unfallstelle aus ebenfalls Aufnahme in dem Krankenhaus. So erhielt die bedauernswerte

Frau die betrübliche Nachricht und zwar vollständig unerwartet, daß sowohl ihr Mann, als auch ihr Sohn schwer verunglückt seien. Der Verstorbenen stand im Alter von erst 39 Jahren und war im Begriffe, die Gerichtsvollzieher-Prüfung abzulegen.

*Oldenburg. Studentat Dr. Osterloh-Oldenburg ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgestre-ten, um, wie er mitteilt, in dem kommenden Entscheidungskampf auf der Seite Hitlers zu stehen. Herr Dr. Osterloh hat auch seine Mandate niedergelegt. In seine Stelle werden listenmäßig treten: im Landtag Gemeindevorsteher Dannemann-Sundsmühlen, im Stadtrat Landmann Fortmann-Wegloh.

*Oldenburg. Der Stadtrat ist auf Freitagabend zu einer Sitzung einberufen, die sich in erster Linie mit der Wahl des neuen Oberbürgermeisters befassen soll. Wie berichtet, ist als solcher Oberfinanzrat Dr. Rabeling, bisher Leiter der Staatlichen Banken, in Aussicht genommen worden. Da sich für ihn eine große Mehrheit bereits gefunden hat und aus der Widerseitigkeit sich keine einzige Stimme gegen seine Wahl erheben dürfte, ist diese gesichert. — Es wird angenommen, daß nach Vornahme der Wahl der neue Oberbürgermeister sofort durch einen anwesenden Staatsminister seinen Besitztümer findet und nach darauf geleistetem Dienste die Obliegenheiten des Stadt-oberhauptes sogleich übernimmt. — Auf der Tagesordnung der Sitzung steht ferner die Auflösung des Vertrages mit der Bremer Vorortbahngesellschaft. Diese unterhielt seit Jahren einen Autobus-Verkehr vom Marktplatz aus nach den Vororten der Stadt. Angehlich der Misstandisierung des Unternehmens wegen schränkte sie ihren Betrieb derart ein, daß darüber eine allgemeine Unzufriedenheit herrschte.

*Huntlosen. Der Täter des Raubüberfalles bei Wwe. Reinberg hatte eine Geldbörse mit Inhalt an sich genommen, die nicht mehr bei ihm gefunden wurde. Die Annahme, daß er es einem Helfer hinausgereicht habe, hat sich bestätigt. Der Genarmer ist es gelungen, diesen in Oldenburg festzunehmen; er hatte die Geldbörse noch bei sich. Es ist Georg C., der mehrere Jahre in Sandhatten als Knecht diente, als solcher auch die Milch nach der Walkerei Huntlosen fuhr und so die örtlichen Verhältnisse kannte. Die eifrige und erfolgreiche Tätigkeit der Genarmerie findet volle Anerkennung.

*Hofel. Ein Einwohner aus dem Vokelostermoor, der im letzten Herbst sein Haus verlassen mußte, hat sich jetzt selbst ohne große Kosten ein eigenes Haus erbaut. Die Wände des Hauses sind ganz aus Lehm, der mit kleinen Latten durchzogen ist. Im Innern ist es sehr gemütlich eingerichtet und der Erbauer freut sich mit seiner Familie, ein eigenes Haus zu besitzen.

*Rotenburg. Ein recht über-herzig wurde hier vollbracht. Auf einem Kleintastwagen der Reichspost fand man eine Zigarettenkiste, die die sensationelle Aufschrift „Vorlicht, Höllemaschine!“ trug. Die Kiste wurde unter Beobachtung aller Vorichtsmaßnahmen geöffnet. Es fand sich aber keine Höllemaschine darin, wohl aber trotz eine noch lebende Kreuzotter aus ihr hervor.

*Altona. Eine Ueberlassung besonderer Art wurde dem Stelling Oberpostkammer Wötcher zuteil. Am 24. 12. starb eine 87jährige Witwe in der Kieler Straße, der der Beamte seit langem ständig Post, Renten usw. zustellte. Die Greisin hat nun testamentarisch ihre Wohnungseinrichtung und ihr Vermögen über rund 2000 RM dem Postbeamten vermacht.

„O, Frau A., wie sind Sie schlant geworden!“ — „Ja, Frau A., und wissen möchten Sie auch, wie das kommt? Ich gehe zur Gymnastik. Das merkt man gleich an sich. Man fühlt sich so leicht und frisch. — Sehen Sie, da kommt Frau B. Die hat sich aber gut erholt. — Guten Tag, Frau B., wie geht's? — „Danke, glänzend; in diesen schlechten Zeiten darf man das kaum sagen. Aber hören Sie nur. Seitdem ich zur Gymnastik gehe, habe ich solch einen Appetit! Ich glaube, ich habe schon zugenommen.“ — Aber, Frau B., das kann doch gar nicht sein. Die eine nimmt ab, die andere nimmt zu? Und beides von der Gymnastik?“ — „Ja, Frau A., das kann doch sein. Nach der Gymnastik gleicht der Körper ganz natürlich aus, was er zuviel oder zu wenig hat. Aber die Saupflege ist ja, daß man sich frisch und frisch fühlt; das Gemüt wird so unbestimmt froh. Kommen Sie doch auch und bringen Sie noch mehr solche jungen Frauen mit. Die hätten doch gerade viel von der Gymnastik. Kommen Sie zum ETB zu T u r n e n u n d T a n z.“

Verpachtung der Bahnhofswirtschaft im Bahnhof Elsfleth

Die Bahnhofswirtschaft mit Wohnung im Bahnhof Elsfleth soll zum 1. April d. J. neu verpachtet werden. Die Pachtbedingungen können gegen Vereinfachung (nicht Briefmarken) von 1 RM von unserem Grundverwaltungsbüro bezogen werden. Die Angebote sind bis zum 6. Februar d. J. an uns einzuliefern. Eröffnung am 7. Februar d. J. um 10 Uhr in Oldenburg. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Reichsbahndirektion Oldenburg

Rudolphs Tanz-Institut

Inh.: Selma Kröger Gegründet 1872

Am Freitag, dem 20. Januar 1933, abends 8 1/2 Uhr, beginnt in Elsfleth im „Deutschen Hause“ ein

TANZ-KURSUS

in Runds- und modernen Tänzen. Anmeldungen werden im obigen Lokal entgegen genommen. Zeitgemäße Preise

Selma Kröger, Tanz-Lehrerin

Verkaufe zu Sonnabend
prima fettes Schweinefleisch
Pfund 70 bis 80 Pfg.
Rehne Fleischarten in Zahlung
KRUSE, Steinstr. 37
Verkaufe für fremde Rechnung
Sonnabend nachmittags von 2 Uhr an

prima Schweinefleisch
Pfund 60 bis 75 Pfg.
Vorher. Bestellung erwünscht
Adolf Lange, Rittersweg

Speisemuschel
frisch eingetroffen
Fr. Damberger, Fernr. 3
Vaterl. Frauenverein v. Rolten Kro
Elsfleth
Freitag, 13. Janu
nachmittags 4 1/2 Uhr

Sitzung
von Vorstand u. Beir
im Konfirmandensaa

Tivoli-Tonlichtspiele

Freitag bis Sonntag
Theodor Körner
(Ein deutsches Heldenlied)
Das große Filmereignis! Ein grandioses Gemälde aus der Zeit der Freiheitskriege. Szenen voll dramatischer Spannung, die ergreifen und mitreißen. Stürmischer Beifall in allen Lichtspieltheatern, wo dieser große vaterländische Film bisher gelaufen ist

Dazu das große Beiprogramm
sowie die Ufa-Ton-Woche
Jugendliche haben zu diesen Vorstellungen Zutritt

Und dennoch!
ist am 14. Januar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ die
Reichsgründungsfeier
Es spielt die ges. Stahlhelm-Bundeskapelle Oldenburg, sowie das Spielmannskorps des Junglandbundes Elsfleth

Zum Tanz spielen zwei Kapellen
Eintritt RM 1.00 im Vorverkauf, Abendkasse RM 1.20
Vorher **Fackelzug und Zapfenstreich** wie bekanntgegeben
Abmarsch bei Regenab 7.15 Uhr
Bei schlechtem Wetter Autoverbindung von Geisler zum „Lindenhof“ und zurück
Junglandbund Elsfleth

Mozart-Feier
Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei Geisler

Ausführende: Frau Konzertsängerin Clara Ramsa Mutzenbecher (Alt), Herren C. Müller (I. Violine), W. Hohmann (2. Violine), W. Hartwig (Violoncello), K. Pittack (Klarine), sämtlich aus Oldenburg, H. Schumacher (Leier und Klavier) und der Elsflether Männergesangverein
Eintrittskarten für Erwachsene 75 Pfg., für Schüler 30 Pfg. bei Kunkel und an der Kasse

Stedinger Hof

Am Sonnabend, dem 14. Januar veranjaltet die 20 Mann starke Reichsbanner-Kapelle ein
Konzert mit Ball

Eintritt 50 Pfg., Tanzband frei
Es laden ein
Der Festausschuß R. Peterel

„Zum Deutschen Hause“

Sonntag, den 15. Januar
BALL
Eintritt frei, Tanzband 50 Pfg.
Es ladet freundlichst ein **Hermann August**